

Weitere historisch-politische Reflexionen

1. Ich wäre in meinen sieben Reflexionen falsch verstanden, wenn ich nicht auch die Fortschritte in den allgemeinen Geschichtsprozessen und vor allem in der deutschen Geschichte sehen würde. Aber es gibt eben keine ungebrochene Fortschrittsgeschichte. So sind nicht zu leugnende neuzeitliche Fortschritte in der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts nur in ständiger Auseinandersetzung mit den politisch und gesellschaftlich herrschenden Schichten erzielt worden. Und diese Kämpfe waren immer verbunden mit Opfern derer, die Reformen wollten. So haben die sog. Freiheitskriege gegen Napoleon nach ihrem Ende nicht die versprochene politische und rechtliche Freiheit des Volkes gebracht. Die hohen Erwartungen der bürgerlichen Denker und Literaten wurden nicht eingelöst. Stattdessen kamen die Karlsbader Beschlüsse gegen die „Demagogen“. In den folgenden Jahrzehnten wurden die liberalen Geister in den deutschen Fürstentümern beruflich und rechtlich verfolgt. Die staatliche Justiz, die Staatsverwaltungen und die staatliche Universitätsaufsicht gingen scharf gegen liberale und demokratisch denkende und schreibende Kräfte vor. Die Teilnehmer des Wartburgfestes 1817 und des Hambacher Festes 1830 gerieten in das Netz staatspolizeilicher Maßnahmen. Die Zeit im sog. Vormärz, also die Zeit von 1840 bis zur bürgerlichen Revolution 1848/49, bringt die politisch-bürokratische Unterdrückung aller freiheitlichen Geister in Literatur und Wissenschaft. Die Anhänger des in Frankreich aufgekommenen „Frühsozialismus“ und die Befürworter des „Kommunistischen Manifestes“ wurden in Deutschland durch die Polizeiorgane verfolgt und durch Gerichte verurteilt. Etliche gingen ins Exil nach Frankreich oder wanderten in die USA oder in andere Staaten aus.

Kurzum: die emanzipatorischen Freiheitsbewegungen haben immer nur am Rande eine Wirkung und Bedeutsamkeit gehabt. Auch die spätere Tatsache, dass im Reichstag des

Zweiten Deutschen Reiches nationalliberale Parteien eine Mehrheit gehabt haben, hat keinen Fortschritt in der Demokratisierung des Reiches gebracht. Die nach 1871 immer stärker werdende Sozialdemokratie ist von 1878 bis 1890 eine verbotene Partei gewesen, die unter strengster Polizeiaufsicht stand. Auch als sie nach 1890 immer stärker wurde und bei den letzten Wahlen vor dem Ersten Weltkrieg stärkste Fraktion im Reichstag wurde, hat sie sich nicht durchsetzen können gegen das obrigkeitliche System, die Militarisierung der deutschen Politik und gegen den Geist des Imperialismus und Kolonialismus. Die deutschen Führungseliten in Staat, Militär, Gesellschaft und Wirtschaft bestimmten weithin die Restriktionen gegen die Gegner des monarchistischen Obrigkeitssystems und waren Stützen der Kaiserlichen „Weltpolitik“. Es gab dann 1914 in weiten Teilen der Bevölkerung eine „Kriegsbegeisterung“. Die Sozialdemokratie trug zunächst in patriotischer Solidarität den Krieg als Verteidigungskrieg mit. Sie wollte das „Vaterland nicht im Stich lassen“. Den schnellen militärischen Siegen am Anfang des Krieges folgte im Westen der jahrelange Stellungskrieg. Die Verluste an Soldaten und Material wurden im Westen wie im Osten immer größer und in der Heimat wurden die Belastungen immer schwerer und schließlich hungerte ein nicht geringer Anteil besonders der städtischen Bevölkerung. Im „Epochenjahr“ 1917 wurde der Krieg unter der Führung der Obersten Heeresleitung (Hindenburg und Ludendorff) ein totaler Krieg. Alle und alles hatten sich in seinen Dienst zu stellen. Endgültig hatte sich die Politik in den Dienst der militärischen Ziele und der damit verbundenen Maßnahmen im zivilen Bereich zu stellen. Am Ende des Krieges, der zum größten Teil in Feindesland geführt worden war, beklagte man rund 2 Millionen Soldatentode. Und Millionen von Überlebenden lebten ohne materielle Ressourcen und waren seelisch zermürbt.

2. Die „Revolution von 1918“ brachte den politischen Sturz der Monarchie und ihrer Repräsentanten, aber sie brachte keinen konsequenten Umbau der gesellschaftlichen Machtverhältnisse. Nach kurzer Irritation erstarkten die traditionellen Machtstrukturen der industriellen und agrarischen Interessenverbände und die Eliten in der Justiz und in der Verwaltung wehrten sich mit Erfolg gegen alle demokratischen Strukturreformen. Hier bildeten sich vom Anfang der Republik an der Widerstand gegen den Aufbau eines demokratischen Rechts- und Sozialstaates. Die anfängliche reformorientierte Mehrheit im Reichstag bestimmte nach Wahlniederlagen immer weniger die innen- und rechtspolitischen Prozesse. Ihr gegenüber stand die immer stärker werdende Sammlungsbewegung der „nationalen Opposition“. Der verfassungsrechtliche Übergang von einem staatsautoritären Obrigkeitssystem in ein republikanisches Gemeinwesen war gelungen, aber nicht die Auswechslung der für die deutsche Niederlage verantwortlichen Kräfte und Politiker. Für die nationalkonservativen Kräfte begann mit der Gründung der Republik der Kampf gegen sie.

Und doch sind die Gründung und die Praxis der Republik als Fortschritt in der deutschen Geschichte zu bezeichnen – auch wenn er mühsam errungen worden ist. Sie belastete in den Augen vieler Deutscher von Anfang an, dass sie ein Produkt der größten politisch-militärischen Niederlage des deutschen Reiches gewesen ist und der Versailler Vertrag die tiefste Demütigung der nationalen Seelen war. Hinzu kam, dass die Republik mit ihrem Parteiensystem und mit ihren pluralistischen Weltanschauungen nicht dem gewohnten „starken Staat“ und einer „formierten Gesellschaft“ entsprach. Demokratie war für viele als ein „westlicher Import“ eine undeutsche Staats- und Lebensform. Und die vorstaatlichen Grund- und Menschenrechte galten als Grundirrtum der politischen Philosophie der Aufklärung.

Eigentlich wundert es, dass diese Republik mit ihrem demokratischen Wertekanon so lange angesichts ihrer Belastungen von innen und außen so lange existiert hat. Sie konnte nie die aggressiven politischen und weltanschaulichen Vorbehalte vieler verschiedener nationalkonservativer Kreise überwinden. Die Republikaner konnten ihrerseits darauf hinweisen, dass die Kaiserliche Regierung eine Mitverantwortung für den Ausbruch des Krieges gehabt und ihn als europäischen Eroberungskrieg betrieben hat. Er sollte enden mit einem „Siegfrieden“ als Voraussetzung einer deutschen Weltmachtpolitik. Dieser imperiale Krieg kostete Millionen von Menschenleben, Verlust der Heimat und ein elendes Alltagsleben. Die für diesen Krieg verantwortlichen Politiker und Militärs wurden nie zur Rechenschaft gezogen. Sie lebten als hoch bezahlte Pensionäre der Republik weiter, während Hunderttausende von Kriegsbeschädigten und die Angehörigen der Gefallenen ein eingeschränktes Leben führen mussten.

Der Untergang der Republik kündigte sich an, als einer der Hauptakteure des Krieges 1925 zum Staatspräsidenten gewählt wurde. Er spielte für viele die Rolle eines frommen Ersatzkaisers. Für viele Deutsche waren neben den Gebietsverlusten durch das „Versailler Diktat“ die Reparationen eine tiefe Demütigung. Die Summe der verschiedenen kritischen Vorbehalte gegenüber der Republik und der offene Hass gegen sie erklärt es, dass die spätere Politik Hitlers gegen den Versailler Schandvertrag, der Austritt aus dem Völkerbund, die Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht und die Aufrüstungspolitik mehrheitlich mitgetragen wurden. Das war angesichts der langen deutschen Tradition der Liebe zum starken Staat mit einer starken Wehrmacht nicht verwunderlich. Hinzu kam später die mehrheitliche Zustimmung zum Polenfeldzug als berechtigte Reaktion auf die Wegnahme deutscher Ostgebiete. Nach den großen Siegesfeiern über das traditionell verhasste Frankreich erreichte die Zustimmung zu Hitlers Revision der europäischen Landkarte ihren Höhepunkt. Auch wenn es im

Gegensatz zum Ersten Weltkrieg keine Kriegsbegeisterung gegeben hat, so wurde auch der Krieg gegen den Bolschewismus als „Weltfeind“ von der Mehrheit als politische Notwendigkeit angesehen. Hitler, der 1933 als Überwinder des deutschen und internationalen Kommunismus gefeiert worden war, holte nun aus zum großen Schlag gegen den „moral- und kulturlosen“ Bolschewismus. Das deutsche Volk hat den zweiten Weltkrieg in allen Phasen mehrheitlich gehorsam zum Führerwillen mitgetragen.

Es zeigt sich, dass die durchaus vorhandenen demokratischen Parteien und die auf internationale Friedensverträge setzenden Politiker in der Weimarer Republik zu schwach waren, um den Siegeszug der nationalsozialistischen Politik aufzuhalten. Die Schwächen dieser Republik wurden die Voraussetzungen für die Stärke des folgenden autoritären und schließlich totalitären NS-Systems. Die sich bildenden Kreise eines politischen Widerstands mit dem Ziel des Sturzes Hitlers und seines Systems waren kleine Kreise, die auf keine große Zustimmung im Volk rechnen konnten. Nach ihrem versuchten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 erreichte die Zustimmung zu Hitler ihren letzten Höhepunkt. Die Hitlerhörigkeit der meisten Deutschen endete erst, als Hitler tot und der Krieg verloren war.

3. Es waren die anfangs militärisch schwachen Westalliierten, die bald im Verbund mit der stalinistischen Sowjetunion ein wachsendes Militärpotential gegen die Armeen Hitlers entwickelten und mit ihrer militärischen Überlegenheit an Soldaten und Kriegsmaterial die sich verzweifelt wehrenden deutschen Streitkräfte, die vom Juli 1944 bis Mai 1945 doppelt so viele Verluste haben sollten wie in allen Kriegsjahren zuvor, auf das deutsche Reichsgebiet zurück drängten. Am Ende standen die bedingungslose deutsche Kapitulation, der Verlust der Ostgebiete und die Aufteilung des Reiches in vier Besatzungszonen. Der Westen Deutschlands wurde nach und nach politisch und militärisch in den demokratischen Westen eingegliedert, der Osten Deutschlands wurde

ein Teil des Sowjetimperiums. Bis 1990 hat es zwei durch Mauer und Stacheldraht getrennte deutsche Staaten gegeben.

Was es immer zu beachten gilt: das nationalsozialistische Deutschland hat bis 1945 die Mehrheit der Deutschen zu führertreuen und opferbereiten Volksgenossen erzogen. Die Mehrheit der Bevölkerung hat die Kapitulation 1945 nicht als Befreiung von der Diktatur angesehen, sondern als Niederlage Deutschlands empfunden. Es bleibt ein *brutum factum*: das deutsche Volk hat sich nicht selbst von dem NS-System befreit, sondern ist befreit worden. Mit dieser Hypothek ging es in die Nachkriegszeit.

4. Während die sowjetische Besatzungszone sich als DDR in der Form eines sozialistischen Staates mit sozialistischer Gesellschaftsordnung unter Führung der „Sozialistischen Einheitspartei“ im ständigen Kontakt zum „großen Bruder“ in Moskau entwickelte, wurde die BRD unter dem Einfluss des demokratischen Westens und im Rückgriff auf eigene freiheitliche Traditionen zu einem demokratischen Rechts- und Sozialstaat entwickelt. Es geschah dies zunächst in der Phase des „Kalten Krieges“ in ständiger Auseinandersetzung mit dem östlichen Kommunismus. Für sich selbst entwickelte man auf dem Grund früherer ordnungspolitischer Vorstellungen das wirtschaftspolitische Modell der „Sozialen Marktwirtschaft“, das einen „Dritten Weg“ zwischen dem privaten Laissez-fair-Kapitalismus und dem sowjetischen Staatssozialismus bedeuten sollte. Ein freies Marktsystem sollte mit Hilfe staatlicher ökonomischer und sozialer Rahmengesetzgebung zum Aufbau eines gerechten Wirtschaftssystems verschränkt werden. Es waren sozialdemokratische, christdemokratische und liberale Kräfte, die neue Ordnungsformen für einen effektiven Markt mit dem Ziel der Steigerung des Wohlstandes und gleichzeitig mit dem Ziel einer human- und sozialgerechteren Wirtschaftsordnung schufen. Es ergibt sich die Tatsache, dass das westliche Deutschland sich nach zwei Weltkriegskatastrophen in einem halben

Jahrhundert zu einem demokratischen Rechts- und Sozialstaat empor arbeitete. Es ergibt sich dieser Befund: Die Entwicklung zur Weimarer Republik geschah unter der Erblast des Kaiserreiches und eines verlorenen Krieges. Die Bundesrepublik hat zur Voraussetzung ein totalitäres System und einen verlorenen Krieg gehabt. Beide republikanischen Staaten haben sich nach geschichtlichen Katastrophen entwickelt.

5. Es ließe sich im Einzelnen viel Kritisches zur inneren Entwicklung der Bundesrepublik sagen, aber im Ganzen dürfte sie der gelungenste Staat in der deutschen Geschichte sein. Die demokratischen Parteien haben mit den von ihnen gestellten Regierungen einen Staat und eine Gesellschaftsordnung entwickelt, die im Vergleich mit unserer Herkunft einen ökonomischen Wohlstand, ein soziales Sicherungssystem und eine kulturelle Vielfalt geschaffen haben, die keiner nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs für möglich gehalten hätte.

Dies und noch viel mehr sollte man mit bedenken, wenn es um die heutigen vielfältigen ökonomischen, sozialen und interkulturellen Probleme geht. Diese könnten alle auf dem Boden wirtschaftlicher Prosperität und unter unseren rechtlichen Rahmenbedingungen konstruktiv-kritisch auf dem geistigen Fundament demokratisch-gemeinwohlorientiertes Denkens zu vernünftigen und menschengerechten Lösungen gebracht werden. Mit den nicht zu leugnenden Problemen fertig zu werden, setzt aber eine öffentliche problemorientierte Diskussion voraus. Und sie erfordert die Bereitschaft, zu zwischenzeitlichen Kompromissen bereit zu sein.

Hier aber liegen für mich einige Sorgen und Ängste. Einige seien genannt:

- Die Zahl der Menschen, die die Schrecken der Kriegszeit und die Nöte der Nachkriegszeit erlebt haben, nimmt ab. Das historische Wissen der Nachgeborenen über diese Zeit nimmt ebenfalls ab. Es ist eine Generation herangewachsen, die nicht mehr weiß, was Lebensangst ist und was Einschränkungen bedeuten. Sie ist groß geworden in

einer Zeit, in der fast alles für sie getan wird. Hinzu kommt eine schleichende Abnahme wertegebundener Orientierungen aus christlicher oder humanistischer praktischer Ethik. Und viele wissen nicht mehr um den Segen einer Demokratie und um die Praxis eines Engagements für die Verminderung von Unfreiheit und Ungerechtigkeit. Sie sind auf sich selbst und ihre unmittelbaren Interessen konzentriert. Die Praxis von politischer und gesellschaftlicher Mitverantwortung ist weithin ersetzt durch „den Tanz um sich selbst“ und durch die Befriedigung der individuellen Bedürfnisse.

- Aber dieses muss gleichzeitig auch gesagt werden: es gibt neben dieser weithin schmarotzenden Mehrheit eine Minderheit von Jungen und Alten, die ein anderes Lebensmodell praktizieren. Sie setzen sich mit ihrer ehrenamtlichen Arbeit ein für die Bewältigung aktueller individueller und sozialer Probleme ihrer Mitmenschen. Sie durchdringen die Alltagsgesellschaft mit ihrem Geist der Zuwendung zu den Hilfsbedürftigen und Schwachen. Hinzu kommen bestimmte Berufsgruppen, seien es Meister, Lehrer, Ärzte, Krankenhauspersonal, Sozialarbeiter und viele andere, die mit ihrer stillen Arbeit praktische Lebenshilfe leisten. Keineswegs gibt es nicht nur Kälte in unserer Gesellschaft, sondern auch mitmenschliche Wärme.

Es muss auch dieses noch gesagt werden: die weitaus meisten Bürger verhalten sich in ihrem Beruf und in ihrer Freizeit nach den Regeln verantwortlicher Ethik und Lebensführung. Sie verhalten sich in ihren unmittelbaren Aufgaben und Beziehungen in der Regel als Mitmenschen.

Nur: die andere Seite, die die Optik, Akustik und die Presse hat, scheint beängstigend zuzunehmen. Skandale um Vorstandsmitglieder großer Unternehmen, um Bankbosse und um korrumpierte Chefs auf allen Ebenen tragen dazu bei, dass viele Staatsbürger ihr Vertrauen zu den Führungseliten verlieren, die zudem traumhafte Gehälter erhalten. Die Bürger sehen gut platzierte Menschen, die ihr Hauptinteresse in der Anhäufung persönlichen Reichtums zu haben scheinen. Sie scheinen moralische

Maßstäbe für ein verantwortliches Berufsleben vollends verloren zu haben, ebenso den Blick für Ausgewogenheit in der Höhe von Gehältern und Löhnen. Die größte Mangelware scheint in vielen Kreisen ein geschärftes Gewissen zu sein, basierend auf christlicher oder humanistischer Tradition.

Dieses nur sich selbst wollende und sich selbst bedienende Menschentum ist aber nun nicht nur „Oben“ zu finden, sondern auch in der Mitte unserer sehr differenzierten Gesellschaft entwickeln sich immer mehr ähnliche egozentrische Denk- und Lebensstile. Unter dem programmatischen Stichwort „Selbstverwirklichung“ wachsen Menschen heran, denen eine soziale Mitverantwortung für ein gutes mitmenschliches Zusammenleben fremd geworden ist. Der konsequente Individualismus hat seine Konjunktur.

Aber wieder ist es nicht alles: es gibt nicht wenige Bürger, die sich freiwillig und unentgeltlich an gemeinwohlorientierten Aufgaben beteiligen und Hilfen leisten, wo es nötig ist. Und viele setzen sich ein für Völkerverständigung und setzen Zeichen des Friedens mit anderen Nationen, Kulturen und Religionen. Zudem gibt es gerade unter jungen Menschen ein nicht geringes Potential, das sich gegen die üblichen Fremd- und Feindbilder wehrt und sich um Verständnis für die Andersartigkeiten müht. Man sucht in der Geschichte und im gegenwärtigen Selbstverständnis nach gemeinsamen Werten, die ein geistiges Fundament für eine bessere Zukunft trotz bleibender Verschiedenheiten sein können.

Auch hier wieder die empirische Erkenntnis: es gibt die Wirklichkeit nur in ihren Gegensätzen und Widersprüchen. Es gibt beides: einem unverantwortlichen egozentrischen Lebensstil, der ein Höchstmaß individuellen Glücks zum Ziel hat, steht ein Denken und Handeln gegenüber, das um das Verschränkungsverhältnis von Selbstverantwortung und zugleich Mitverantwortung für eine humanere und gerechtere Welt weiß.

6. Diese Janusgesichtigkeit gilt auch für die Beurteilung der für die Staatenwelt verantwortlichen Politiker. Es gibt die, die ihr politisches Amt so ausüben versuchen, dass es ein Mehr an befriedeter Welt und ein Zugewinn an Fortschritten in der Bekämpfung von Armut und sozialer Ungerechtigkeit gibt. Aber es gibt gerade unter den Mächtigsten in der Staatenwelt die ganz andere Praxis: sie denken in erster Linie an die politisch-ökonomische Macht ihrer eigenen Nation. Was dieser dient, gilt als geboten und legitim. Die Oberdevise „Amerika zuerst“ oder „Russland zuerst“ oder „China zuerst“ bestimmt ihr Denken und Handeln. Sie halten durchaus politisch-diplomatische Kontakte untereinander und betonen ihre Dialog- und Friedensbereitschaft, aber sie rüsten auf, verstärken und verfeinern ihr Vernichtungspotential. Sie sind jederzeit kriegsbereit, lassen begrenzte Kriege zu und sind auch als ultima ratio bereit, jederzeit einen atomaren Schlagabtausch zu führen, auf den sie technisch vorbereitet sind. Alle sind sie grundsätzlich bereit, das bereit gehaltene Bedrohungspotential zur praktischen Anwendung zu bringen. Wenn es anders wäre, so wird man fragen dürfen: was sind die Gründe, sich einer vereinbarten konsequenten Abrüstungspolitik zu verweigern, aber bereit zu sein, die Erde unbewohnbar zu machen? Gibt es denn so starke politische Gegensätze, die diese Möglichkeit notwendig werden lassen? Bisher haben sich ihre Abrüstungsvereinbarungen als faktische Zwischenschritte erwiesen, in ihrem Schutz die nächste perfektionierte Aufrüstung betrieben wurde. Die Militärforschung kennt keinen Stillstand. Man wird doch fragen dürfen: ist man in der heutigen internationalen Weltlage überhaupt in der Lage, bei ernsthaften Konflikten auf die Anwendung nichtatomarer und atomarer Massenvernichtungsmittel zu verzichten? Selbst wenn man zunächst bereit ist, nur sog. konventionelle Kriege zu führen oder führen zu lassen: Die sog. Stellvertreterkriege der Großmächte), deren bisherige Opferzahlen seit 1945 höher sind als die im ganzen Zweiten Weltkrieg, sprechen eine überdeutliche Sprache. Und

sieht man sich in einem konventionellen Krieg auf der Verliererstraße, wird man kaum auf den Einsatz seiner atomaren Vernichtungswaffen verzichten. Vernunft und Moralität haben in drohenden nationalen Katastrophen kaum eine Chance. Den Feind zu vernichten, selbst wenn man sich selbst dabei vernichtet, gehört zum nihilistischen Denken der meisten „Verantwortlichen“.

Aber es gibt nun auch kleinere Nationen, die durch ihre Politik den Unfrieden zur Normalität machen. Und sie können die Großmächte als sog. Schutzmächte zur politisch-militärischen Parteinahme zwingen. So kennt der türkische Präsident vorrangig das Wohl seines Landes, wie er es versteht. Er hat nicht die Spur einer Zurückhaltung in seinen politisch-nationalen Zielen. Er nutzt die Komplexität der politischen Gemengelage konsequent aus, um zu seinem „Frieden“ in der Region nach seinen Vorstellungen zu kommen. Solche „Erdogans“ gibt es in Taschenformatausgaben bei vielen nationalen Politikern, die sich selbst zudem häufig als Hüter nationalreligiöser Traditionen verstehen.

7. Nach dem Zweiten Weltkrieg gründeten die damaligen Siegermächte die UNO mit dem Ziel, eine bessere Politik zu betreiben als der Völkerbund von 1918 und als die Vertragsparteien im 19. Jahrhundert des Nationalismus und des Imperialismus. Doch auch diese UNO ist kaum in der Lage, entscheidende Beiträge zum Weltfrieden zu leisten. Sie protestiert, klagt Verletzungen des Völkerrechts an und verurteilt die Aggressoren. Sie kann nur Resolutionen verabschieden, wenn sie die notwendige Stimmenzahl erhält. Die meisten Mitglieder dieser Versammlung stammen aus nichtdemokratischen Ländern und verfolgen die ihnen von ihren Regierungen aufgegebenen Strategien und Entscheidungen. Eigenständiges Denken dürfte bei ihnen eine Mangelware sein. Ihre ihnen mitgeteilte Statements lesen sie gehorsam ab. Eine offene dialogische Streitkultur gibt es kaum. Diese Versammlung ist bei ihrer

Zusammensetzung selten in der Lage, drohende Kriege zu verhindern oder angefangene Kriege zu beenden. Zudem ist es ein Forum, das von den Großmächten beherrscht wird. Sie verfügt nicht über konkrete Macht, sie erlebt ununterbrochen die Ohnmacht ihrer ratifizierten Werte und die begrenzte Wirkung ihrer Appelle. Sie kann völkerrechtliche Verstöße nicht ahnden und schon gar nicht Bürgerkriege verhindern. Abgedrängt wird sie auf weltweite humanitäre Hilfsmaßnahmen, die das Elend von Betroffenen verringern.

Auch die übrigen internationalen Organisationen haben eine begrenzte Reichweite. Sie können nur aktiv werden, wenn die souveränen Staaten es zulassen. Für den Aufbau einer internationalen Friedenstruktur haben sie kaum eine Bedeutung. Die letztlich uneingeschränkte Souveränität der Einzelstaaten und hier besonders die der Großmächte verhindern eine internationale haltbare Friedensordnung. Die nationalen Interessen der Einzelstaaten verhindern immer wieder internationale, rechtlich für alle verbindliche Strukturen und einmütig gefasste Entschlüsse für konkretes Vorgehen zur Sicherung des Weltfriedens. Die in der UNO zumeist mit großem Pathos gehaltenen Reden dürften eine Karikatur auf die durchschnittliche Wirklichkeit sein.

8. Noch einmal: Für die Bundesrepublik waren die Integration in die westliche Staatengemeinschaft und in das NATO - Militärbündnis unendlich wichtig. Dieses ermöglichte die weitere Entwicklung der Bundesrepublik zu einem demokratischen Rechts- und Sozialstaat und zu einem Partner in der Sicherheits- und Friedenspolitik. Die deutschen Regierungen konnten die Doppelstrategie eines „Friedens in Freiheit“ mitentwickeln und eine Politik der „Annäherung durch Wandel“ realisieren. Sie hat dazu beigetragen, dass der Ost-West-Konflikt nicht in einem Krieg endete – die größte europa- und weltpolitische Leistung! Und im Gefolge der Selbstauflösung des „Ostblocks“ und der neuen westlichen Ostpolitik kam es zur deutschen Einigung – die

größte deutsche außenpolitische Leistung mit Unterstützung der Bündnispartner. Aber ohne die Haltung des russischen Präsidenten Gorbatschow wäre sie nicht möglich gewesen.

9. Nun hat sich die Weltlage seit den neunziger Jahren wieder entscheidend verändert. Der Zusammenbruch der Sowjetunion hat die Zahl selbständiger kleiner Staaten in Europa und Asien vergrößert. Im westlichen Vorfeld der russischen Föderation haben sich zwei größere Staaten etabliert: die Ukraine und Weißrussland. Dazu kommen die drei baltischen Staaten.

Nach einer Schwächeperiode ist nun die Russische Föderation auf dem Wege, wieder eine Weltmacht werden zu wollen. Die NATO sieht sich vor neuen Herausforderungen an ihrem Ostrand gestellt. Und die Regierungen der EU mussten auf die Annexion der Krim durch Russland reagieren. Das Ukraine-Problem ist noch lange nicht gelöst. Die NATO macht Anstrengungen zum besseren Schutz der östlichen Grenzen ihrer NATO-Partner. Sie will die Russen vor einer Annexion dieser Staaten warnen. Ein Angriff auf sie würde den status belli bedeuten. Die NATO-Doktrin interpretiert ihre neuen militärischen Anstrengungen natürlich als „Sicherung des Friedens“. Russland ist für sie der potentielle Angreifer. Die Politik Putins wird als aggressiv bewertet.

Es dürfte erstaunlich sein, dass sich in dieser neuen Lage außenpolitisch wenig ereignet. Man darf doch fragen dürfen: warum gibt es hier nicht permanente Verhandlungen zwischen dem „Westen“ und Russland? Warum sind die Kleinstaaten selten an den wenigen Verhandlungen beteiligt? Ist es so schwer, in diesen Grenzfragen zu besseren Lösungen zu kommen als wieder gegeneinander aufzurüsten und sich noch kriegsfähiger zu machen?

Nur eine Zwischenbemerkung: dass nach zwei Weltkriegen wieder deutsche Militärs und Soldaten im Baltikum sind, scheint niemanden nachdenklich zu machen.-

Die Eigengesetzlichkeit des Militärischen scheint wieder einmal die notwendige politisch-diplomatische Offensive an den Rand zu drücken. Ein Jahrhunderte langer Irrtum scheint wieder durchzubrechen, dass das Militärische die Priorität vor der außenpolitischen Initiative hat. Aber es scheint so wahnsinnig schwer zu sein, „aus der Geschichte zu lernen.“

10. Die NATO verpflichtete die Mitgliedstaaten zur gemeinsamen Verteidigung der Unantastbarkeit ihrer Territorien. Nun sind inzwischen bei veränderter Weltlage die Auslandseinsätze der NATO, an der deutsche Bundeswehreinheiten teilnehmen, zur Alltäglichkeit geworden. Sie erfordern bestens ausgerüstete und kampfbereite Soldatinnen und Soldaten. Wenn diese verletzt werden oder sterben, wird offiziell vom Einsatz für das Vaterland und von der Verteidigung der westlichen Werte gesprochen. Die Reden ähneln in der Sinnggebung des Soldatentodes dem jahrhundertealten deutschen Kriegspathos.

Aber was noch mehr zu denken gibt: dieser neue weltweite Militärtourismus hat bisher noch kein einziges politisch konstruktives Ergebnis für die betroffenen Länder gebracht. Es zeigen sich wieder einmal die Grenzen des Militärischen, das in den betroffenen Ländern einfach nicht in der Lage ist, politischen zivilen Frieden zwischen den Bürgerkriegsparteien herzustellen. Man wird doch fragen dürfen: wann hören die Politiker und die politischen Gremien auf, sich vorrangig auf militärische Siege zu verlassen, wenn es gilt, politische Probleme zu lösen?

Die Begründung der internationalen Einsätze mit dem Kampf gegen den Terrorismus zu begründen, dürfte wenig plausibel sein. Man muss gegen Terroristen kämpfen, die mit Waffen ausgerüstet sind, die weithin in den Industrieländern produziert worden sind. Ohne den Waffenexport der Länder, die gegen den Terrorismus kämpfen, sind die nun bewaffneten Terroristen nicht denkbar. Noch sind keine erfolgreichen Maßnahmen

gegen den Waffenverkauf und Waffenschmuggel ergriffen worden. Die Kriterien, die die Regierung für den Waffenexport formuliert hat, können nicht verhindern, dass das Kriegsmaterial auf vielen geheimen Wegen in die Hände der Terroristen kommt. Und die Großmächte, die an der Spitze der Waffenverkäufe stehen, haben keine Probleme jeweils die Seite zu bedienen, die ihren politischen Ambitionen am nächsten steht. Wenn es überhaupt so etwas wie Heuchelei gibt, dann auf diesem Sektor des Waffenexports.

11. Die historisch vielfache Erfahrung, dass mit Eingriffen in inländische Bürgerkriege in der Regel keine pazifizierenden Erfolge erreicht worden sind, erlaubt die Frage, welche intellektuelle Qualität in den Beratungsstäben der zuständigen Ministerien vorhanden ist. Sitzen hier nur Technokraten, die zu wenig Ahnung von den möglichen Folgen ihrer Tätigkeit haben? Wieweit kennen sie überhaupt die Geschichte, die Kultur und die Religionen der Länder, um verantwortbare Entscheidungen treffen zu können? Kommt ihnen nicht der Gedanke, dass es vielleicht besser sein könnte, die verfeindeten Parteien, auch wenn es sehr schwer sein dürfte, an den Verhandlungstisch zu bringen? Und vor allem sollten die Gründe, die zum Terrorismus geführt haben, analysiert und in die Überlegungen einbezogen werden, wenn es zu Verhandlungen kommt. Jedenfalls hat eine Ausrottung von Terroristen noch nie längeren Frieden mit politisch-strukturellen Veränderungen der Zustände, die den Terrorismus geboren haben, gebracht. Den vorrangigen Sinn im Töten der Feinde zu sehen, hat noch nie zu längerfristigen haltbaren Lösungen der Probleme geführt. Sie können nur überwunden werden, wenn man kluge Verhandlungspolitik verbindet mit einer politischen Moral, die nicht den Tod des Feindes will, sondern ihn in ein neues gemeinsam ausgehandeltes Gemeinwesen integrieren will.

12. Was trotz intensiver Bemühungen um ein besseres Kennenlernen und Verstehen nicht einfach ist, ist die politisch-militärische Situation in den Staaten des Nahen Ostens zu kennen und zu bewerten. In diesen religiösen und kulturellen Vielvölkerstaaten tobt ein unbarmherziger Religionskrieg als Vernichtungskrieg gegen die jeweils anders Glaubenden und Denkenden. Wie dieser Krieg, der immer mehr Opfer fordert, ausgehen wird, weiß keiner genau. Die Frage muss aber gestellt werden, warum sich auswärtige Mächte hier einmischen und zulassen, dass Millionen von Menschen vertrieben und Tausende sterben müssen. Man lässt hier wieder einmal „Stellvertreterkriege“ führen, um den eigenen Einfluss in diesen Gebieten zu erhalten oder zu gewinnen. Ein konzertiertes Vorgehen der beiden Mächte USA, Russland und der Europäischen Union könnte ein schnelles Ende bringen. Allerdings bliebe dann auch die Frage offen, wieweit die abgrundtief Verfeindeten zu neuem Zusammenleben bereit wären. Was hier im Moment geschieht, sind totaler Krieg und Völkermord großen Stils. Alle an ihnen Beteiligten wollen den unbarmherzigen Sieg über die Feinde. Die verschiedenen ethnischen Einheiten und die verschiedenen Religionsgruppen können sich nur schwer ein friedliches Miteinander in einem pluralistischen Einheitsstaat vorstellen. Die Fanatiker auf allen Seiten sterben lieber für ihre Überzeugungen als einer gemeinsam getragenen Lebensordnung zustimmen zu können. Noch haben die Prinzipien einer Toleranz keine Chance. Scher ist nur dies: wenn es so weitergeht, wird alles im Chaos mit Millionen von Opfern enden. Es sei denn, dass sich im letzten Moment die beiden beteiligten Supermächte auf eine gemeinsame Strategie einigen, diesen brutalen Krieg zu beenden und die UNO und die internationalen Hilfsorganisationen die materiellen Voraussetzungen für einen Neuaufbau schaffen. Große Hoffnungen aber kann man nicht haben. Die internationalen Regeln in Konfliktsituationen zeigen nicht nur wenig Kreativität auf diplomatischem Sektor,

sondern offenbaren einen fundamentalen Mangel an praktischer Vernunft und an Willen zur Humanität.

Manchmal streifen ihre Praktiken die Lächerlichkeit. Sie verhängen „Strafen“ im internationalen Warenverkehr, sie verbieten bestimmte Ein- und Ausfuhren und schlagen höhere Zölle auf bestimmte Importwaren und lassen sich noch vieles andere einfallen. Das Ziel ist, die Volkswirtschaften der anderen Konkurrenten zu schädigen, um sie in innenpolitische Turbulenzen zu bringen. Der Angegriffene schlägt mit ähnlichen Maßnahmen zurück. Auch hier lehrt die Geschichte: diese Maßnahmen verfehlen in der Regel ihr Ziel. Und vor allem treffen sie nie die herrschenden Eliten im Lande, sondern immer nur „das Volk“.

Ebenso lächerlich dürften die gegenseitigen Ausweisungen von Diplomaten sein, wenn die eine Seite die andere beschuldigt, sich falsch verhalten zu haben. Das Niveau zankender Kinder im Sandkasten ist erreicht. Man steht fassungslos vor diesen Spielchen von verantwortlichen Politikern.

13. Noch problematischer ist es, wenn man permanent für die Ursachen der Weltprobleme eine bestimmte Nation verantwortlich macht. Die moralische Disqualifizierung des Gegners gehört seit alters her zu den propagandistischen Instrumenten der Außenpolitik. So gibt es in den letzten Jahren einen zunehmenden Angriff auf Putin und sein russisches System. Das befriedigt für viele die Sehnsucht nach einem klaren Feindbild, das sich kaum differenzieren oder auflösen lässt. Mit ihm lässt sich alles erklären, was es an Problemen in dieser Welt gibt. Das Feindbild verhindert jede differenziertere Analyse über die eigene mögliche Mitverantwortung für die Krisen noch lässt es die Möglichkeit einer Bereitschaft zu neuen Beziehungen zu.

Nun dürfte es Gründe geben, gegenüber der Politik des russischen Präsidenten Putin kritisch und wachsam zu sein, nur das einseitige Feindbild verhindert einen

diplomatischen Dialog mit ihm. Man macht nicht den Versuch, seine Positionen wenigstens zu verstehen, auch wenn man sie nicht akzeptieren kann. Das Ganze endet in einem dialoglosen, geistlosen Gegeneinander. Gerade, weil die Unterschiede und Kontroversen mit diesem Nachbarn immer größer werden, wäre ein Dialog miteinander umso dringender geboten, wenn man nicht einen neuen „kalten Krieg“ haben will, der aus relativ nichtigen Gründen in einen „heißen Krieg“ münden kann.

14. Belehrt durch die Geschichte mit ihren relativ gelungenen und mit ihren unmenschlichen Phasen, sollte man die eigene Zeit sowohl in ihren Fortschritten wie in ihrer Einbettung in problematische Zusammenhänge verstehen und beschreiben. Während außerhalb Europas seit 1945 mehr Menschen getötet wurden als im Zweiten Weltkrieg, haben die Westdeutschen, spätestens seit 1948, die Chance bekommen, gute Fortschritte in der Entwicklung eines demokratischen Rechts- und Sozialstaates zu machen. Die Außenpolitik der BRD war immer von zwei Zielen bestimmt: Sicherheit vor einem möglichen kommunistischen Aggressor und gleichzeitig Frieden miteinander zu haben. Das militärische Sicherheitssystem stand immer im Dienste der Sicherung von Freiheit und Frieden. Die NATO wurde immer als ein Verteidigungsbündnis verstanden. Irgendwelche revisionistischen Absichten hat es Jahrzehnte lang nicht gehabt. Die größte Leistung der bundesrepublikanischen Außenpolitik war im engen Verbund mit den Westalliierten ihr Beitrag zur Überwindung des Ost-West-Konfliktes durch permanente Gespräche und Abkommen mit der Sowjetunion und seinen Satteliten. Es zeigte sich, dass Sicherheitspolitik und Friedenspolitik miteinander die Weltlage verändern können.

In dem Prozess der Überwindung der von Waffen starrenden Militärsysteme und der gegenseitigen Drohungen mit dem Einsatz von Atomwaffen eröffnete sich für die Bundesrepublik die Perspektive einer möglichen Vereinigung der beiden deutschen

Staaten. Mitbedingt durch die Selbstaflösungen im sowjetischen Machtblock konnte es im Rahmen der Entspannungspolitik mit Hilfe Russlands und der Westalliierten zu dem Ereignis der sog. Wiedervereinigung kommen. Das war für viele Zeitgenossen eine vorher kaum zu erwartende Wende in der deutschen und europäischen Geschichte.

15. Nun aber befinden wir uns in einer Phase zunehmender Spannungen zu Russlands Außenpolitik, die bestimmt zu sein scheint von dem langfristigen Ziel, wieder die politische Rolle einer Weltmacht zu spielen. Weite Teile der internationalen und deutschen Presse verbreiten Urteile über Russland und seinen Präsidenten, die in einer schnell zu emotionalisierenden Öffentlichkeit auf offene Ohren treffen. Russenfeindlichkeit ist seit dem Ersten Weltkrieg und besonders seit Stalins Zeiten im Bewusstsein vieler Deutscher stark verankert. Nur wenige Journalisten und Historiker bemühen sich um ein differenzierteres Verstehen Russlands, das nach den zaristischen und bolschewistischen Zeitaltern auf dem Wege ist, politische und gesellschaftliche Modernität zu finden. Es ist zwar keine Diktatur mehr, aber nach dem westlichen Verständnis noch lange keine Demokratie. Es hat aber nicht viel Sinn, dieses Staatsgebilde mit Kriterien zu bemessen, die wir selbst uns erst nach vielen Irrungen und Wirrungen zu eigengemacht haben. Die konstruktivere Behandlung Russlands wäre, das Maß der politischen, der ökonomischen und der kulturellen Beziehungen auszubauen und dadurch mitzuhelfen, dass sich modernere Kräfte im Kampf um eine freiheitlichere Staats- und Gesellschaftsordnung in Russland durchsetzen können. Es ist wenig geistreich und zudem politisch gefährlich, durch pausenlose Diffamierungen des russischen Systems und seines Präsidenten sich an einer neuen Feindbildideologie zu beteiligen. Es geht um gute Nachbarschaft gerade mit den Nationen, die andere Wert- und Ordnungsstrukturen haben als wir. Nur durch kontinuierliche Kontakte auf dem kulturellen Sektor, durch die Schaffung von Begegnungszentren und durch den

Austausch von Schülern, Studenten und von Angehörigen verschiedener Berufsgruppen kann mitgeholfen werden, auch das Klima in den politischen Führungsetagen zu verbessern. Viele deutsche Menschen müssen erleben können, dass die russische Wirklichkeit komplizierter ist als die verbreiteten Klischees. Und russische Menschen müssen erleben können, wie das Deutschland von heute aussieht. Frage: warum gibt es kein deutsch-russisches Jugendwerk, warum keine Kontaktstellen zwischen berufsständischen Vereinigungen? Die tief sitzenden Vorurteile auf beiden Seiten lassen sich nur durch offene Begegnungen und durch das Kennenlernen der Geschichte und der Gegenwart anderer Völker und Staaten auflockern.

16. Die angestrebte Erhöhung des Wehretats kann politisch der aktuellen Sicherung des Friedens dienen, kann aber auch die Bereitschaft erhöhen, politische Konflikte militärisch lösen zu wollen. Eine konsequente Friedensarbeit, auch wenn sie im Detail nicht einfach sein dürfte, reduziert auf die Dauer das Unfriedenspotential, das allen nationalen Egoismen zueigen ist. Frieden zu erhalten, ihm die notwendigen geistigen Grundlagen zu geben, ihn durch Prozesse gegenseitigen Verstehens zu begleiten und zu einem Bündel vertraglicher Bindungen zu kommen – diese Aufgabe erfordert einen wachen Geist und ein lebendiges Gewissen. Dem gegenüber dürfte das vorrangig militärische Denken Ausdruck eines primitiven Denkens sein, das keine Probleme löst, sondern neue lebensgefährliche Antagonismen schafft. Dass Geist und Vernunft eine internationale Mangelware sind – darüber kann auch nicht die Unzahl von Konferenzen hinweg täuschen, die weithin von Folgenlosigkeit Zeugnis ablegen. Die internationale Diplomatie – ein großer teurer Apparat – verhindert nicht die Vernichtung von Hunderttausenden von Menschenleben und die Zerstörung von Kulturgütern und gegenwärtigen Infrastrukturen. Den wichtigsten Akteuren, die „Weltpolitik“ machen wollen, scheinen die Opfer ihrer Politik auf unendliche Weise gleichgültig zu sein. Wenn

ihr Machtinteresse es gebietet, lassen sie selbst kleine Einsätze für unmittelbare humane Hilfeleistungen kaum zu oder nur zeitlich sehr begrenzt. Im Ganzen folgen sie den Regeln militärischer Eigengesetzlichkeiten. Die Teilnehmer an den sog. Friedensgesprächen, begleitet und umgeben von einem sog. Expertenstab, kennen nicht Korrekturen ihrer nationalen Interessenpolitik, sondern wollen den „Gesprächspartner“ zwingen, die von ihnen gestellten Bedingungen für eine Feuerpause oder für das Ende des Konflikts zu akzeptieren.

Es fällt schwer, gegenüber vielen heutigen Machtinhabern so etwas wie Vertrauen zu entwickeln. Sie spielen ihre Rollen weiter, wie wir sie aus der Tradition kennen. Sie betonen in pathetischer Sprache ihre Gebundenheit an das internationale Völkerrecht, aber nur so lange, wie es ihnen nützt. Gerät es in Gegensatz zu den eigenen vitalen Interessen, so haben sie nicht die Spur eines schlechten Gewissens, wenn es von ihnen gebrochen wird. Diese Regelmäßigkeiten zu überwinden, dazu gibt es rebus sic stantibus kaum Hoffnungen.

17. Philosophen, politische Literaten, Wissenschaftler verschiedener Sachgebiete und auch Theologen versuchen, dem organisierten politischen Wirrwarr eine andere Richtung zu geben. Sie machen hervorragende Vorschläge zur Verringerung des Unsinn, sie appellieren an die Vernunft und an die Gewissen derer, die für die kriegsschwangere Situation verantwortlich sind. Denn nur sie, die über Macht verfügen, könnten sie anders anwenden für eine andere Welt nach anderen Spielregeln. Einige werben für ein neues „Weltethos“ auf der Grundlage aufgeklärter Religiosität und in Bindung an die aufgeklärten Grund- und Menschenrechte. Wenn es nach der vorgelegten Literatur ginge, müssten die Probleme gelöst werden können und Vernunft und mitmenschliche Verantwortung könnten die moralischen Regenten der Weltpolitik werden. Diese Utopien haben durchaus ihren Sinn, weil sie den Widerstand gegen die

durchgehende Praxis emotional und real stärken können. Sie können immer wieder die dominierende Inhumanität angreifen und hin und wieder sogar zwischenzeitliche Besinnungen und Veränderungen bringen. Aber sie dürften es schwer haben, sich gegen die tief eingekerbten Syndrome von nationalen Machtinteressen mit ihren religiösen und pseudoreligiösen Begründungen zu behaupten. Sie können vielleicht hier und da Nachdenklichkeit und sogar ein Umdenken provozieren. Aber im Ganzen bleibt die Welt die alte Welt. Aber dennoch gilt das Mandat, sich weiterhin abzuquälen, sie einigermaßen bewohnbar zu halten.